

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plagooerschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gernspracher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 161

Mittwoch, den 13. Juli 1932

Jahrgang 105

Macdonald über die Lausanner Konferenz

Das letzte Wort über die Reparationen — Keine Europafront gegen Amerika

London, 12. Juli. Der englische Ministerpräsident Macdonald hat gestern im Unterhaus einen Bericht über die Lausanner Konferenz gegeben. Macdonald führte aus, er nehme für sich in Anspruch, daß die Konferenz am Ende zu einer Regelung der Reparationsfrage führen könnte, die an der Wurzel einer jeden wirtschaftlichen Schwierigkeit seit der Beendigung des Krieges ansetzte. Die Reparationen hätten die Staatshaushalte der einzelnen Länder verfallt, sie hätten im Herzen Europas ein Land in eine finanzielle Lage gebracht, die eine Drohung für die Welt geworden sei. Sie hätten viel dazu beigetragen, die Wirtschaft der einzelnen Länder in Unordnung zu bringen. Solange es Reparationen gebe, könne sich die Wirtschaft nie wieder vollständig erholen.

„Wir sind nach Lausanne gegangen“, so sagte Macdonald, „um uns mit dieser Frage zu beschäftigen, und ich brauche mich bei dem Hause nicht zu entschuldigen, wenn ich diese Frage als erste und wichtigste auf das Programm setze. Das Uebrige läuft jetzt weiter. Warum? Weil wir eine Lösung für das Reparationsproblem anbieten konnten.“ (Beifall.) Er hoffe, daß man als Ergebnis von Lausanne nunmehr das letzte Wort über die Reparationen gehört habe. (Beifall.) Macdonald wies auf die Gefahren hin, unter denen die Welt dauernd wegen der Krise Deutschlands gelitten habe. Solange nicht die Lage Deutschlands als ein Element im Weltmarkt, als ein Faktor nicht nur innerhalb Europas, sondern als ein Faktor für die ganze Welt verstanden und behandelt werde, gebe es auch für England keine Erholung (Beifall). Mit immer größer werdender Besorgnis hätten darum er, der Schatzkanzler und der Handelsminister die Anzeichen außergewöhnlicher Ereignisse in Deutschland verfolgt.

Macdonald sprach dann über die geschichtliche Entwicklung seit der Londoner Siebenmächtekonferenz. Der große zeitliche Zwischenraum zwischen dem Baseler Sachverständigenbericht und der Lausanner Konferenz gereiche niemand zur Ehre. Er habe genug davon, immer nur auf neue Wahlen zu warten. Der Reichskanzler v. Papen habe sich hartnäckig geweigert, zuzugeben, daß Deutschland irgend etwas mit den Kriegsschulden zu tun habe. Als ich ihm sagte: „Sie müssen wirklich ein Versprechen geben“, antwortete Papen, „daß er sich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus unbedingt weigern müsse, eine Verquickung von Reparationen und Kriegsschulden anzuerkennen“. In Washington wiederum sei Europa gefragt worden, daß Amerika die Kriegsschulden nicht vom gleichen Standpunkt aus erwägen könne wie seine Schuldner, die Reparationen erhielten. Glücklicherweise seien die amerikanischen Reden und andere Kundgebungen der amerikanischen öffentlichen Meinung dahin gegangen: „Laßt Europa selbst über die Regelung entscheiden, die es unter Berücksichtigung aller Umstände für sich selbst am geeignetsten hält. Laßt Europa seine Ansichten kundgeben, und wir werden auf vernünftiger Grundlage die Rolle darlegen, die Amerika billigerweise übernehmen kann.“

Macdonald ging sodann auf die Gerüchte über ein von den Mächten in Lausanne getroffenes Gentleman-Abkommen ein. Bei Eröffnung der Vollziehung der Lausanner Konferenz habe er am vergangenen Freitag in Anwesenheit der Presse diesen Beschluß mitgeteilt, den er allerdings nicht als Gentleman-Abkommen bezeichnet habe. Es sei die Antwort auf eine Frage des deutschen Reichskanzlers gewesen, der gefragt habe, ob eine neue Konferenz einberufen werde, falls das Lausanner Abkommen scheitere. „Gewiß“, habe er, Macdonald, geantwortet. Denn was wäre sonst eingetreten? Man wäre wieder zum Youngplan zurückgekommen und die ganze provisorische Maschinerie wäre in Stücke gefallen, weil die Grundlagen vernichtet gewesen wären. Man wäre wieder zum Ausgangspunkt zurückgekehrt. Um dies zu vermeiden, sei in Lausanne mittels eines Kompromisses ein neues Abkommen getroffen.

Macdonald wandte sich gegen die Behauptungen, daß Europa sich einfach zusammengeknaut habe, um Amerika eine Art Ultimatum zu überreichen. Diese Behauptungen würden wahrscheinlich üble Folgen haben. Er wolle es daher vollkommen klarmachen, daß in Lausanne lediglich die inneren Schwierigkeiten Europas in Ordnung gebracht worden seien und daß man sich dort über Vorschläge geeinigt habe, die die dort versammelten Nationen für richtig hielten. Die englische Regierung habe ganz einfach gesagt „allgemeine Streichung“. Das habe sich nicht erreichen lassen, aber es sei erreicht worden, daß Deutschland sich zur Zahlung einer Endsumme bereit erklärte, und daß damit die Reparationen erledigt wurden.

Wenn Europa, so fuhr Macdonald fort, seine wirtschaftlichen und finanziellen Probleme lösen will, so muß es dies auch mit den politischen Fragen tun, denn die politischen Probleme hängen von der politischen Geistesverfassung ab.

Wir müssen noch die aus dem Kriege übrig gebliebene Atmosphäre verschonen. Deutschland muß als eine Nation mit Hochachtung betrachtet werden und als eine Nation, die im Rate der Völker befragt werden muß, deren Rat angenommen werden muß, wenn er weise ist, oder nicht, wenn er nicht weise ist, genau so, wie es bei jeder anderen Nation der Fall ist. Deutschland muß in den Rahmen der normalen Beziehungen zu den Völkern wieder eingefügt werden. Ich freue mich, sagen zu können, daß Lausanne uns näher an Frankreich, Frankreich näher an Deutschland und Frankreich und Deutschland näher an uns Engländer gebracht hat.“

Keine Rückkehr zum Youngplan

U. Berlin, 12. Juli. In der deutschen Presse ist bezüglich des englisch-französischen Geheimabkommens über die Ratifizierung des Lausanner Abkommens behauptet worden, falls dieses Abkommen nicht ratifiziert werden würde, würde der Youngplan wieder in Kraft treten. Dazu wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: „Es sei richtig, daß die Engländer und Franzosen nicht vor Abschluß der Verhandlungen mit Amerika über die Rückzahlung der Schulden das Lausanner Abkommen ratifizieren würden. Bis dahin habe Deutschland jedenfalls nichts zu zahlen. Falls das Abkommen nicht ratifiziert werden sollte, würde eine ganz neue Lage entstehen und eine neue Tributkonferenz notwendig werden. Von der Rückkehr zum Youngplan könne keine Rede sein, was schon aus den übereinstimmenden Kommentaren der Weltpresse hervorgehe.“

Die Abrüstungskonferenz wird vertagt

U. Genf, 12. Juli. Die Ausarbeitung des Verträgnisplanes, den Benech als Hauptberichterstatler dem Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz vorlegen soll, steht jetzt auf

Arbeitsdienst und Siedlung vor dem Kabinett

Die Beratungen über das Aufbauprogramm — Kein neues Uniformverbot

U. Berlin, 12. Juli. Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag nachmittag in mehrstündiger Sitzung mit der Siedlungs- und Arbeitsdienstfrage. Eine amtliche Mitteilung über den Verlauf der Beratungen wurde nicht ausgegeben. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Zu den Beratungen des Reichskabinetts über den freiwilligen Arbeitsdienst erfährt der „Volkswagen“ u. a.: Im allgemeinen sei vorgegeben, daß zur körperlichen und geistigen Wiedererleichterung der Arbeitslosen der freiwillige Arbeitsdienst ausgedehnt werde, aber nur für gemeinnützige Arbeiten, die nicht den freien Arbeitsmarkt beeinträchtigen und nicht auf der Grundlage politischer Organisationen. Das Reich stelle die Mittel zur Verfügung, über die im Referentenentwurf Näheres noch nicht ausgeführt sei. Man rechne mit 44 Millionen Mark, dazu sollen noch 16 Millionen Mark Ersparnisse der verschiedenen Organe der Arbeitslosenfürsorge kommen, die gleichfalls für den freiwilligen Arbeitsdienst aufgewandt werden sollen. Es kämen im wesentlichen Personen unter 25 Jahren in Betracht, mit einigen Ausnahmen, die auch bei höherem Alter die Teilnehmerhaft am freiwilligen Arbeitsdienst gestatten. Ein Reichskommisssar, der dem Reichsarbeitsministerium unterstehe, soll für die Durchführung eingesetzt werden. Es würden entsprechende Unterkommissariate gebildet. Außerdem werde aus den Organisationen ein Beirat geschaffen.

Oberbürgermeister Dr. Gördeler sprach in der Aula der Universität Leipzig über die Arbeitsdienstpflicht. Er teilte mit, daß bis zum Ende dieses Jahres noch 200 000 Mann beschäftigt werden würden, von den benötigten 60 Millionen Mark lägen 40 Millionen Mark bereit.

Keine Maßnahmen

gegen die politischen Unruhen

Der Reichsinnenminister lehnt neues Uniformverbot ab

Amlich wird mitgeteilt: „Der Reichsminister des Innern empfing am Dienstag nachmittag auf ihren Antrag die Vorstandsmitglieder der SPD, die Abgeordneten Weis und Dr. Breitscheid, die dem Minister das von der Partei gesammelte Material über die politischen Zusammenstöße der letzten Zeit überreichten. Die Herren machten weiter darauf aufmerksam, daß sie die politische Lage in Deutschland im Augenblick als besonders ernst ansehen und fordernden Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit. Insbesondere stellten sie die Wiedereinführung des Uniformverbots als notwendig hin. Der Minister erklärte, daß er Provokationen, von welcher Seite sie

Tages-Spiegel

Der englische Ministerpräsident hat gestern vor dem Unterhaus über das Ergebnis der Lausanner Konferenz berichtet.

Wie der englische Außenminister Simon im Unterhaus bekanntgab, sollen bei Einverständnis Frankreichs und Italiens auch die Lausanner Sonderabkommen veröffentlicht werden.

Das Reichskabinett wird während der Reise des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers nach Neudeck die Frage der Arbeitsdienstpflicht weiter beraten. An Mitteln sollen hierfür 60 Millionen zur Verfügung stehen.

Reichsinnenminister v. Gayl hat sozialdemokratischen Forderungen gegenüber die Wiedereinführung eines Uniformverbotes abgelehnt.

In Württemberg kam es vorgestern und gestern in Waiblingen, Tübingen, Heilbronn, Lausen a. N. und Heidenheim zu politischen Zusammenstößen.

immer weitere Schwierigkeiten. Die bisherige Absicht, auf der Grundlage des Simon-Vorschlags eine große Entscheidung auszuarbeiten, die zusammenfassend die allerdings außerordentlich geringfügigen Ergebnisse der bisherigen Abrüstungsverhandlungen wiedergeben und damit die Vertagung vor der Öffentlichkeit rechtfertigen sollte, ist bereits aufgegeben, da gegen die einzelnen Punkte dieses Vorschlags von verschiedensten Seiten starker Widerstand geltend gemacht worden ist. Es ist daher zurzeit beabsichtigt, den Hauptauschuß Ende dieser oder Anfang nächster Woche zusammenzutreten zu lassen, um sodann lediglih die Vertagung der Abrüstungskonferenz um einige Monate zu beschließen. Die deutsche Abordnung wird, wie verlautet, dieses Vorgehen auf das schärfste ablehnen.

auch kämen, nicht dulde und es auf das äußerste bedauere, daß es infolge solcher Provokationen zu blutigen Zusammenstößen gekommen sei. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sei jedoch zunächst Sache der Landesbehörden. Das Reichskabinett werde, nachdem nunmehr der Reichskanzler zurückgekehrt sei, zu der innerpolitischen Lage alsbald Stellung nehmen. Die Wiedereinführung des Uniformverbots lehnte der Minister ab.

Scharfe nationalsozialistische Warnung an v. Gayl

Unter der Überschrift: „Nun ist es aber genug“ beschäfligt sich der „Völkische Beobachter“ mit den blutigen Ereignissen des letzten Sonntags und schreibt u. a.: Noch nie habe die rote Bestie mehr Freiheit zu brutalstem Terror gehabt, als heute. Der Staat solle sich der Gefahr, in der er schwebt, bewußt sein, wenn er es dahin treiben lasse, daß er das Leben seiner Volksgenossen nicht mehr zu schützen imstande sei. Es könne eine Macht aufstehen, die die Pflicht zu der ihren mache. Gayl möge vielleicht den guten Willen haben. Es fehle ihm jedoch der Mut zur Tat. Es komme die Stunde, da kein Recht und Gesetz es verweigern könne, wenn der Angegriffene zur Waffe greife und sich wehre.

Am Schluß des Artikels heißt es: In Hagenow haben SA und SS von der Notwehr Gebrauch gemacht und in wenigen Minuten war der Hause von hell- und dunkelrot verslogen. Das gelte Herrn von Gayl und seinen Helfern noch einmal zur Warnung, und das möge allen denen zur Lehre sein, die sich über die Ruhe und die schier unfähbare Geschlossenheit unserer Armeen leichtsinnigen Trugschlüssen hingeben. Wir haben unsere Pflicht mehr als erfüllt, wir haben gewarnt, haben mit praktischem Rat nicht gespart, haben uns zur Verantwortung gestellt. Mehr können wir nicht tun. Noch einmal verlangen wir ein Ende von Mord und Terror.

Von Gayl fährt mit von Papen nach Neudeck

Außer dem Reichskanzler, der, wie schon gemeldet, heute abend zum Reichspräsidenten fährt, wird auch Reichsinnenminister von Gayl nach Neudeck fahren. Man kann daraus schließen, daß außer den Lausanner Verhandlungen auch die innerpolitischen Verhältnisse zur Besprechung kommen. Man wird wahrscheinlich die Zustimmung des Reichspräsidenten zu den wichtigen Entscheidungen der Reichsregierung einholen wollen. Diese dürften vor allem auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung, und zwar der Siedlung und des Arbeitsdienstes, liegen. Man denkt dabei möglichst alle arbeitsfähigen Deutschen in bestimmten Altersgrenzen zu dem freiwilligen Arbeitsdienst heranzuziehen.

mittel
billig
ter
Oel (50)
ones
teck (25)
en nur
bringen)
er
imer
45
bringen)
ein
t (1.-)
elbffel
slöffel
en nur
5
nd
mudeln
und
ies-
i (73)
abel
messer
je 27)
en nur
0
elabgabe
rdnung)
rtikel
gel
nseife
28 und
ststück
tten-
10 und
Be
rste 33
80
ie auf
ter und
stafeln.
VER
KRANZ
Witterung
Mittwoch
ein
abend
hof-Garten
ir alle un-
er höchst
ten.
en-
rverkauf.
n, Leiter-
schneidma-
gut erhalten
ere, kompl.
Größe 60
engefriere,
ines Einp-
t einzeln
t verkäuflich
erstraße 3
twein
nsetzen
ehlt
ebenath
ere
amer-
nung
vermieten
Jakob Alber

